

Er scheint wesentlich günstiger. Illustrierte Grotta-Wochenblätter: „Der Weltspiegel“, „Rosen-Blätter“ mit „Wunderblättern“, „Wöchentliche Rundschau“, „Sportspiegel“, „U.K.“, „Sonn- und Regen“, „Wunderblättern“, „Wöchentliche Rundschau“...



Verkaufsstellen und Abonnements-Verzeichnisse in Ost-Berlin: Hauptvertrieb SW. 19, Bernauer Straße 46/47, Filialen: Leipziger Straße 103, Potsdamer Straße 38, Zimmerstraße 66, Königsplatz 66/67...

# Berliner Tageblatt

Nr. 335 und Handels-Zeitung 55. Jahrgang Ausgabe für Berlin Sonntag, 18. Juli 1926

## Das Erwerbslosenproblem.

Dr. Peter Reinhold, Reichsminister der Finanzen.

Die Not der Erwerbslosen in unserem Vaterland hat sich immer mehr zu einer allgemeinen Volksnot ausgewandelt. Während nach Beendigung der Deflationskrisis im Winter 1923/24, wo wir schon einmal über drei Millionen unterstützte Erwerbslose in Deutschland hatten, die allmähliche Besserung unserer Wirtschaftslage es mit sich brachte, daß die Zahl der Arbeitslosen im Sommer 1925 unter 200 000 sank...

Table with 4 columns: Stichtag, Hauptunterstützungsempfänger männliche, Hauptunterstützungsempfänger weibliche, Zusammen. Rows for dates from March 1926 to July 1926.

Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß seit dem Höchststand vom 15. Februar bis zum 1. Juli eine Verminderung der Unterstützten einschließlich der Zuschlagsempfänger von beinahe einer Million eingetreten ist, da die Zahl der männlichen Hauptunterstützten, die in erster Linie für Familienangehörige zu sorgen haben, dauernd zurückging...

Inwiefern an dem Rückgang die normale Saisonbelebung durch stärkere Anforderungen der Außenberufe und inwiefern die allmähliche Besserung der Wirtschaftslage beteiligt ist, muß einer Einzeluntersuchung vorbehalten bleiben; im ganzen ergibt sich etwa, daß die zumeistlos erkennbaren Besserungserwartungen einzelner Industriezweige durch weitere Beschäftigung bei anderen in ihrer Wirkung auf den Gesamtarbeitsmarkt bisher ziemlich aufgehoben wurden...

Eine Tatsache aber ist unverkennbar: seit Überwindung der Wirtschaftskrise, die im Februar ihren Höhepunkt erreicht hatte, hat die Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die vom Dezember bis Februar katastrophale Dimensionen angenommen und zu den schwersten Befürchtungen Anlaß gegeben hatte, aufgehört, und auch hier ist deutlich zu spüren, daß unsere Wirtschaft das Schlimmste hinter sich hat...

Zeitlich fällt diese Wendung zum Besseren ziemlich genau mit dem Anlaufbelohnungs- und Steuererleichterungsprogramm der Reichsregierung zusammen, in welchem Maße auch tatsächlich die Besserung durch die allmähliche Auswirkung dieses Programms beeinflusst wurde, wird eine Nachprüfung im einzelnen, die im Gange ist, ergeben. Schon heute ist einmündig festgestellt, daß z. B. die Aufhebung der Anlaufsteuer den bisher von dieser Sonderbesteuerung deutscher Qualitätsarbeit betroffenen Industriezweigen unmittelbar eine erfreuliche Geschäftsbelebung und Umsatzsteigerung gebracht hat.

Alle diese Maßnahmen dienen ja dem einen Zweck: eine Gesundung der Wirtschaft von innen heraus zu fördern. Ist es doch fast jeden wirtschaftlich Denkenden eine Selbstverständlichkeit, daß auf die Dauer die Not der Erwerbslosen durch Hilfsmaßnahmen nur gemildert, aber nicht behoben werden kann; zu ihrer wirklichen Behebung bedarf es einer Sanierung der Wirtschaft von Grund auf. Diese wird in erster Linie von der Wirtschaft selbst auszugehen müssen, und die Hoffnung erscheint berechtigt, daß die Überwindung der letzten Krise, die mit vielen Inflationserscheinungen aufgetaucht hat, die deutsche Wirtschaft als Ganzes genommen innerlich gesunder gemacht hat...

Aber abgesehen von der Selbsthilfe der Wirtschaft sind auch staatliche Maßnahmen unerlässlich: gute Handelsverträge und eine Finanz- und Steuerpolitik, die auf die Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rücksicht nimmt, sind meiner festen

## Kabinettt Briand-Caillaux gestürzt

Mit 288 gegen 243 Stimmen.

Hertiot gegen Caillaux. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 17. Juli. Das Kabinettt Briand-Caillaux ist heute abend über das von Caillaux verlangte Vollmachtsgesetz gestürzt. Der Kammerpräsident Hertiot führte den Angriff gegen das Kabinettt. Briand entgegnete ihm sofort in Worten von so furdtbarem Ernst, wie sie der Sitzungssaal der Kammer kaum je gehört hat. Als die Kammer über den Eintritt in die Einzelbesprechung abstimmen wollte, stellte Caillaux die Vertrauensfrage. Die Regierung blieb mit 45 Stimmen in der Minderheit. Damit ist das Kabinettt Briand-Caillaux erledigt.

Als um 3 Uhr die Sitzung beginnt, gibt es bald eine Ueber-raschung. Auf dem Stuhl des Präsidenten sitzt der Stellvertreter Hertiot. Bouffon. Edouard Hertiot selbst hat im Anfang kaum beachtet, keinen Platz unter den radikalen Abgeordneten eingenommen. Als der Berichterstatter der Finanzkommission de Chappedelaine den von der Kommission abgeordneten Regierungsvorschlag zur Annahme empfohlen hat, meldet sich Hertiot zum Wort.

Eine tiefe Erregung geht durch das Haus. Von den Sitzen der Abgeordneten bis hinauf zu den dichtgedrängten Tribünen zeigt sich das Gefühl von der ungewöhnlichen Bedeutung dieser Stunde. Wie ein alter Parlamentarier erzählt, ist es das dritte Mal seit Westehen der Republik, daß der Kammerpräsident während seiner Amtszeit auf die traditionelle Zurückhaltung verzichtet und von seinem erhöhten Sitz in die Arena tritt.

Hertiot erklärt, daß er die Vorlage stellen wolle, ob der Gesetzentwurf über die Dekrete nach der Verfassung überhaupt diskutiert werden dürfe. (Beifall bei den Sozialisten und den Radikalen.) Er habe ein ganzes Jahr lang bemüht, als Präsident der Kammer den Regierungen alle Schwierigkeiten zu erleichtern, und er ärmere sich deshalb nicht um die Auslegungen, die man seinem Eingreifen geben konnte. „Wenn mein Gewissen es mir erlaubt, dann würde ich gern dem Herrn Ministerpräsidenten meine Stimme geben, wie ich es in einer ersten Nachsichtung erst kürzlich getan habe. Aber der Gesetzentwurf, der gestern der Kammer übergeben worden ist, verkehrt mit seinem harten und kategorischen Ton jedes republikanische Gefühl. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß viele in dieser Versammlung sich gleich mir in

ihrem Gewissen bedrückt fühlen. (Beifall.) Ich stehe auf der Tribüne, um an den Herrn Ministerpräsidenten einen ersten und, wie ich hoffen will, wirksamen Appell zu richten, nicht bloß als Führer einer Partei, sondern als Präsident der Kammer. Ich beschwöre den Herrn Ministerpräsidenten, nicht zu dulden, daß bis Ende November oder gar bis zum Anfang des nächsten Jahres das französische Parlament in der Ausübung seiner ersten Pflichten gehindert wird. (Neuer Beifall.) Ich habe vor zwei Jahren die Dekrete Poincarés beklagt, deren Wortlaut erheblich wider war, als der Text der vorliegenden Gesetze. Wie sollte es möglich sein, die Grundzüge zu verlegen, welche das Fundament der Verfassung, das oberste Gesetz der französischen Republik bilden? Die Vollmacht, Steuern zu beschließen, die Unmöglichkeit, das Recht der Gesetzgebung einem Einzelnen zu übertragen, sind republikanische Glaubensartikel, die in dem Erbe unseres Landes nicht entbehrt werden dürfen. (Beifall links.) Das Volk ist souverän. Seine Delegierten sind die Abgeordneten im Parlament. Sie dürfen ihr Amt ohne die Erlaubnis eines Volkes nicht auf andere übertragen. Wir sind bereit, Opfer zu bringen, und vieles beizutragen. Aber wir wollen keine Paktanten, wir wollen, daß die Not der Stunde durch die fundamentalen Prinzipien der Republik bekämpft wird. Wer unter uns sollte es nicht begehren, daß ein so heftiges und ernstes Problem wie die Stabilisierung nicht in allen Einzelheiten öffentlich erörtert werden kann? Aber deshalb das Parlament für viele Monate zu verlagern, das ist, Herr Ministerpräsident, die Sorge, gegen die sich unser Gewissen auflehnt! (Beifall.) Hat sich die Regierung klar gemacht, was ein Gesetzesvorschlag in seiner jetzigen Form bedeutet? In den jetzigen Verhältnissen hängt jede politische Änderung mit wirtschaftlichen Fragen zusammen. Die Freiheit der Presse, die Freiheit der öffentlichen Diskussion, die Freiheit der Person kann unter Umständen durch dieses Gesetz bedroht werden. (Beifall.) Lebt sich, Herr Ministerpräsident, die Dringlichkeit Ihres Gesetzesvorschlags nicht auf andere Art erreichen? Auch während des Krieges hat die Kammer in unaufhörlicher Arbeit von Stunde zu Stunde ihre Pflichten getan und so den Armeen die Möglichkeit gegeben, unser Land zu verteidigen. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Rein, ich kann meine Stimme diesen beiden summanrischen Gesetzentwürfen nicht geben. Wir wollen uns doch nicht in Zeit lassen. Wir wollen Besseres sehen. Arbeiten Sie mit dem Parlament zusammen, meine Herren Minister. Das Parlament ist zur Arbeit bereit, aber es duldet nicht seine Unterdrückung! (Großer Beifall. Die Unruhe durch Hertiot eine Deatation.) (Stille auch Seite 4.)

Ueberzeugung nach die besten und auf die Dauer wirksamsten Maßnahmen, die die Regierung zur Bekämpfung der deutschen Erwerbslosigkeit anwenden kann.

Aber ehe solche Maßnahmen auf weite Sicht sich auswirken können, erfordert die Not des Tages sofortige Hilfe. Es darf nicht bei der reinen Unterstützung der Erwerbslosen bleiben, zumal diese Unterstützung ja auf der einen Seite der Not der langfristigen nur insofern steuert, daß sie vor dem bittersten Elend bewahrt bleiben, auf der anderen Seite aber Reich, Länder und Gemeinden finanziell so schwer belastet, daß die Aufbringung der dafür nötigen Mittel eine immer ernstere Gefahr für die Staatsgarantie wird. Von daher ist deshalb gefordert worden, daß statt Unterstützung zu jahren Arbeit geschaffen wird. Wenn bisher dieser unter bestimmten Voraussetzungen richtige Gedanke nur in verhältnismäßig geringerem Maße durchgeführt werden konnte, so lag das daran, daß infolge der deutschen Kapitalnot und der Unmöglichkeit, Anleihen aufzunehmen, Mittel für solche Zwecke nur aus Steuererträgen zur Verfügung gestellt werden konnten. Das aber bedeutete, daß die Mittel verhältnismäßig bescheiden gehalten werden mußten, so sonst die Gefahr bestand, daß die produzierenden Betriebe, die in Form von Steuern diese Mittel aufbringen mußten, durch steuerliche Ueberbelastung schwer gefährdet wurden.

Heute liegen die Dinge anders. Infolge der wider Erwartung schnellen Bildung von Spargeld in Deutschland in Verbindung mit der Zufuhr fremder Kapitals im Laufe der letzten Jahre ist ein Appell an den Anleihemarkt, wenn auch in bescheidenem Umfang, im Augenblick durchaus möglich. Deshalb kann die bisher befolgte Politik auf dem Gebiete der produktiven Erwerbslofenfürsorge geändert werden, ohne daß eine steuerliche Neubelastung daraus entsteht.

Die Reichsregierung hat sich infolgedessen entschlossen, in weit größerem Umfang als bisher Arbeit zu schaffen und zwar hauptsächlich auf dem Gebiete der Eisenbahnbauten, der Wasserstraßen, des Wohnungsbauens, der Oedlandkulturen und der Siedlung.

Was die Eisenbahnbauten betrifft, so sei darauf hingewiesen, daß die schlechte Beschäftigung mancher deutschen Industriezweige zu einem nicht unbeträchtlichen Teil darauf zurückzuführen ist, daß die großen Betriebsverwaltungen des Reiches und der Länder als Auftragneher in den letzten Jahren nicht annähernd in dem Maße aufgetreten sind, wie das vor dem Kriege laufend und ziemlich regelmäßig der Fall war. Allein die preußischen Staatsbahnen haben in den Jahren von 1907 bis 1914 annähernd 5 Milliarden für Ergänzung und Erneuerung ihres Materials ausgegeben, das ist pro Jahr etwa 600 Millionen Mark. Die preußische Staatsbahn hat außerdem in diesen acht Jahren für 1269 Millionen, das ist etwa 106 Millionen jährlich, für den Neubau von Eisenbahnstrecken verausgabt.

Wie sieht es heute aus? Die Reichseisenbahn legt sich in der Erneuerung und Ergänzung des Materials die denkbar größte Beschränkung auf, und an den Bau von neuen Bahnstrecken ist sie fast gar nicht herangegangen, sondern hat im Gegenteil schon seit Jahren halbvollendete Neubauten einladend liegen lassen. Das hat in den Gegenden, wo die Industrie sich auf die Inbetriebnahme dieser Bahnstrecken einstellt hatte, geradezu verberbernd wirkt, zumal die Bevölkerung sehen muß, wie die Bahnanlagen allmählich verfallen, während Tausende von Erwerbslosen auf Arbeit warten, fei nur nebenbei erwähnt. Ich persönlich lege das Hauptgewicht darauf, daß es mir unwirtschaftlich in höchstem Maße erscheint, das bereits investierte Kapital verloren zu geben und auf die Erweiterung des Bahnnetzes,